D. Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung

Prüfungsordnung
für die Durchführung der Prüfung
turn anerkannten Fortbildungsabsciss
„Geprüfte Fachkraft zur Arbeits- und Berufsförderung“

Bek. d. MS v. 31. 1. 2018 — 102-43198/4 —

— Nds. MBl. Nr. 6/2018 S. 114

Prüfungsordnung
für die Durchführung der Prüfung
zum anerkannten Fortbildungsabschluss
„Geprüfte Fachkraft zur Arbeits- und Berufsförderung“

1. Abschnitt
Prüfungsausschüsse

§ 1
Errichtung von Prüfungsausschüssen


(2) Für die Durchführung der Prüfungen, die zum anerkannten Abschluss „Geprüfte Fachkraft zur Arbeits- und Berufsförderung“ führen, errichtet das Landesamt für Soziales, Jugend und Familie einen Prüfungsausschuss.

§ 2
Zusammensetzung und Berufung

(1) Der Prüfungsausschuss besteht aus mindestens drei Mitgliedern. Die Mitglieder müssen für die Prüfungsgesellschaft sacht, und für die Mitwirkung im Prüfungswesen geeignet sein.


(3) Dem Prüfungsausschuss müssen als Mitglieder Beauftragte der Arbeitgeberseite und der Arbeitnehmerseite in gleicher Zahl sowie mindestens eine Lehrkraft eines Fortbildungsstätters angehören. Mindestens zwei Drittel der Gesamtzahl der Mitglieder müssen die Beauftragte der Arbeitgeberseite und der Arbeitnehmerseite sein. Die Mitglieder haben Stellvertreterinnen und Stellvertreter für diese leiten die für die Mitglieder geltenden Bestimmungen entsprechend.

(3) Die Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder werden vom Landesamt für Soziales, Jugend und Familie längstens für fünf Jahre berufen. Eine Wiederberufung ist nicht ausgeschlossen.


(5) Werden Mitglieder nicht oder nicht in ausreichender Zahl innerhalb einer Landesamt für Soziales, Jugend und Familie gesetzten angemessenen Frist vorgeschlagen, so beruft das Landesamt für Soziales, Jugend und Familie insoweit nach pflichtgemäßem Ermessen.

(6) Die Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Prüfungsausschusses können nach Anhörung der an ihrer Berufung Beteiligten aus wichtigem Grunde abberufen werden.

(7) Die Tätigkeit im Prüfungsausschuss ist ehrenamtlich.

(8) Von Ausschussmitgliedern werden, wenn andernfalls der erforderliche Zahl von Mitgliedern des Prüfungsausschusses nicht berufen werden kann.

§ 3
Ausgeschlossene Personen und Besorgnis der Befangenheit

(1) Bei der Zulassung zur Prüfung, der Entscheidung über die anreihende anderer Prüfungsleistungen und der Prüfung darf ein Mitglied des Prüfungsausschusses nicht mitwirken, das Rhetetatt, Rhetegatte, Lebenspartnerin, Lebenspartner, Vormund, Betreuerin oder Betreuer der Prüfungsbewerberin oder des Prüfungsbewerbers ist oder gewesen ist oder das oder die Prüfungsbewerberin oder dem Prüfungsbewerber in gerader Linie verwandt oder verschwägert oder in der Seitenlinie bis zum dritten Grad verwandt oder bis zum zweiten Grad verschwägert ist oder war.

(2) Mitglieder eines Prüfungsausschusses, die der Besorgnis der Befangenheit ununterliegen, haben dies unverzüglich dem Landesamt für Soziales, Jugend und Familie, während der Prüfung dem Prüfungsausschuss mitzuteilen.

(3) Die Entscheidung über den Ausschluss von der Mitwirkung tritt das Landesamt für Soziales, Jugend und Familie, während der Prüfung der Prüfungsausschuss.

(4) Wenn infolge von Ausschluss oder Besorgnis der Befangenheit eine ordnungsgemäße Besetzung des Prüfungsausschusses nicht möglich ist, kann das Landesamt für Soziales, Jugend und Familie die Durchführung der Prüfung eines anderen Prüfungsausschusses, erforderlichenfalls einer anderen zuständigen Stelle übertragen. Das gleiche gilt, wenn eine objektive Durchführung der Prüfung nicht gewährleistet erscheint.

§ 4
Vorsitz, Beschlussfähigkeit, Abstimmung

(1) Der Prüfungsausschuss wählt aus seiner Mitte eine Vorsitzende oder einen Vorsitzenden und deren Stellvertretung. Das vorsitzende Mitglied und das ihn stellvertretende Mitglied sollen nicht dasselbe Mitgliedergruppe angehören.

(2) Der Prüfungsausschuss ist beschlussfähig, wenn zwei Drittel der Mitglieder, mindestens jedoch drei, mitwirken. Er beschließt mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des vorsitzenden Mitglieds den Ausschlag.

§ 5
Geschäftsführung

(1) Das Landesamt für Soziales, Jugend und Familie regelt im Einvernehmen mit dem Prüfungsausschuss dessen Geschäftsführung, insbesondere Einladungen, Protokollsütung und Durchführung der Beschlüsse.

(2) Die Sitzungsprotokolle sind von dem vorsitzenden Mitglied und von der protokollführenden Person zu unterzeichnen: § 21 (Bestellung des Prüfungsergebnisses) bleibt unberührt.

§ 6
Verschwiegenheit

II. Abschnitt
Vorbereitung der Prüfung

§ 7 Prüfungstermin


(2) Wird die Prüfung mit einheitlichen überregionalen Prüfungsaufgaben durchgeführt, sind einheitliche Prüfungstage vom Landesamt für Soziales, Jugend und Familie anzusetzen.

§ 8 Zulassung zur Prüfung

(1) Zur Prüfung ist zuzulassen, wer Folgendes nachweist:
1. eine erfolgreich abgelegte Abschlussprüfung in einem nach dem Berufsbildungsgesetz oder nach der Handwerksordnung anerkannten Ausbildungsbereich und eine sich daran anschließende mindestens zweijährige einschlägige Berufspraxis,
2. eine erfolgreich abgelegte Abschlussprüfung in a) einem auf der Grundlage eines Berufszulassungsgesetzes geregelten Heilerwerb oder b) einem dreijährigen landesrechtlich geregelten Beruf im Gesundheits- und Sozialwesen und eine sich daran anschließende mindestens zweijährige einschlägige Berufspraxis,
3. ein erfolgreich abgeschlossenes einschlägiges Hochschulstudium und eine sich daran anschließende mindestens zweijährige einschlägige Berufspraxis oder 4. eine mindestens sechsjährige Berufspraxis.

(2) Sechs Monate der nachzuweisenden Berufspraxis müssen in Aufgabenerhebungen geleistet worden sein, die wesentliche Berufe zu den in § 1 Abs. 3 GFABPrV genannten Aufgaben einer geprüften Fachkraft zur Arbeits- und Berufsförderung haben.

(3) Abweichend von Absatz 1 ist zur Prüfung auch zuzulassen, wer durch Vorlage von Zeugnissen oder auf andere Weise glaubhaft macht, Fertigkeiten, Kenntnisse und Fähigkeiten erworben zu haben, die der beruflichen Handlungsfähigkeit vergleichbar sind und die die Zulassung zur Prüfung rechtfertigen.

§ 9 Anmeldung zur Prüfung

(1) Die Anmeldung zur Prüfung muss spätestens acht Wochen vor Beginn der jeweiligen Prüfung schriftlich oder in elektronischer Form beim Landesamt für Soziales, Jugend und Familie erfolgen.

(2) Der Anmeldung sind beizufügen:
   a) Angaben zur Person,
   b) Angaben über die in § 8 genannten Voraussetzungen,
   c) eine Erklärung und ggf. ein Nachweis darüber, ob und mit welchem Erfolg die Prüfungsbewerber oder der Prüfungsbewerber bereits an der Prüfung teilgenommen hat,
   d) gegebenenfalls ein Antrag auf Prüfungserleichterung (siehe auch § 14),
   e) ein Vorschlag zur Projektarbeit, sofern dieser bereits bekannt ist.

(3) Bei Wiederholungsprüfungen ist der Bescheid nach § 23 beizufügen.

§ 10 Entscheidung über die Zulassung

(1) Über die Zulassung zur Prüfung entscheidet das Landesamt für Soziales, Jugend und Familie.

(2) Die Entscheidung über die Zulassung ist der Prüfungsbewerber oder dem Prüfungsbewerber rechtzeitig unter Angabe des Prüfungstages und des Prüfungsortes einschließlich der erlaubten Arbeits- und Hilfsmittel schriftlich oder in elektronischer Form mitzuteilen.

(3) Nicht zugelassene Prüfungsbewerberinnen oder Prüfungsbewerber werden unverzüglich über die Entscheidung mit Angabe der Ablehnungsgründe schriftlich oder in elektronischer Form unterrichtet.

(4) Die Zulassung kann vom Prüfungsausschuss widerrufen werden, wenn sie aufgrund von gefälschten Unterlagen oder falschen Angaben ausgesprochen worden ist.

§ 11 Prüfungsegbühren

Die Prüfungsbewerberin oder der Prüfungsbewerber hat die Prüfungsegebühr vor dem Beginn der Prüfung an das Landesamt für Soziales, Jugend und Familie zu entrichten. Ihre Höhe bestimmt sich nach der hierfür anzuwendenden Gebührenordnung.

III. Abschnitt
Durchführung der Prüfung

§ 12 Gliederung der Prüfung

Die Prüfung gliedert sich in:
1. eine schriftliche Prüfungsaufgabe nach § 9 GFABPrV und
2. eine Projektarbeit bestehend aus einer schriftlichen Abschlussarbeit und einer Projektpresentation verbunden mit einem Fachgespräch nach § 10 GFABPrV.

Inhalt, Umfang und Gliederung der Prüfungsteile der Prüfung richten sich nach den §§ 8 bis 10 GFABPrV. Eine Befreiung von einzelnen Prüfungsteilen ist nur auf Antrag nach § 11 GFABPrV möglich.

§ 13 Prüfungsaufgaben

(1) Der Prüfungsausschuss beschließt auf der Grundlage der GFABPrV die Prüfungsaufgaben. Er kann Personen, die nicht Mitglieder des Prüfungsausschusses sind, mit der Erstellung von Vorschlägen für Prüfungsaufgaben beauftragen. Er ist ge halten, überregional erstellte Aufgaben zu übernehmen.

(2) Die Prüfungsteilnehmerin oder der Prüfungsteilnehmer trägt der Prüfungsausschuss auf einem gesonderten Blatt eine mit Unterschrift versehene Versicherung bei, dass sie oder er die Arbeit ohne fremde Hilfe angefertigt und sich anderer als der von ihr oder ihm angegebenen Hilfsmittel nicht bedient hat.

§ 14 Nachteilsausgleich


§ 15 Ausschluss der Öffentlichkeit

(1) Die Prüfungen sind nicht öffentlich.


(3) Bei der Beratung des Prüfungsergebnisses dürfen nur die Mitglieder des Prüfungsausschusses sowie der Protokollführer eine Prüfungsteilnehmerin oder Prüfungsteilnehmer selbständig und nur mit den erlaubten Arbeits- und Hilfsmitteln arbeiten.

§ 16 Leitung und Aufsicht

(1) Die Prüfung wird unter Leitung des vorsitzenden Mitglieds vom Prüfungsausschuss abgehalten.

(2) Das Landesamt für Soziales, Jugend und Familie regelt im Einvernehmen mit dem Prüfungsausschuss die Aufsicht bei der schriftlichen Prüfungsaufgabe. Diese hat insbesondere sicherzustellen, dass die Prüfungsteilnehmerinnen und Prüfungsteilnehmer selbständig und nur mit den erlaubten Arbeits- und Hilfsmitteln arbeiten.
(3) Über den Verlauf der Prüfung ist eine Niederschrift zu fertigen. Sie ist von der aufsichtführenden Person zu unterzeichnen.

§ 17 Ausweispflicht und Belehrung
Die Prüfungsteilnehmerinnen und Prüfungsteilnehmer haben sich auf Verlangen des vorsitzenden Mitglieds oder der aufsichtführenden Person über ihre Person auszuweisen. Sie sind vor Beginn der Prüfung über den Prüfungsaufsatz, die zur Verfügung stehende Zeit, die erlaubten Arbeits- und Hilfsmittel, die Voraussetzungen und die Folgen eines Rücktrittes von der Prüfung und die Folgen von Täuschungshandlungen und Ordnungsverstößen zu belehren.

§ 18 Täuschungshandlungen und Ordnungsverstöße
(1) Prüfungsteilnehmerinnen und Prüfungsteilnehmern, die sich einer Täuschungshandlung schuldig machen, kann die aufsichtführende Person die weitere Teilnahme an der Prüfung unter Vorbehalt gestatten.

(2) Bei einer erheblichen Störung des Prüfungsaufbaus kann die oder der aufsichtführende die Prüfungsteilnehmerin oder den Prüfungsteilnehmer von der weiteren Teilnahme an der Prüfung ausschließen.


§ 19 Rücktritt, Nichtteilnahme
(1) Die Prüfungsbewerberin oder der Prüfungsbewerber kann nach erfolgter Anmeldung bis zum Beginn der Prüfung durch schriftliche oder elektronische Erklärung an das vorsitzende Mitglied des Prüfungsausschusses zurücktreten. In diesem Fall gilt die Prüfung als nicht abgelegt.

(2) Tritt die Prüfungsbewerberin oder der Prüfungsbewerber nach Beginn der Prüfung aus einem wichtigen Grund, z. B. wegen eines ärztlichen oder pflegerischen Anlasses, zurück, gilt die Prüfung als nicht abgelegt. Bereits erbrachte, in sich abgeschlossene Prüfungsleistungen, können anerkannt werden.

(3) Erfolgt der Rücktritt nach Beginn der Prüfung oder nimmt die Prüfungsbewerberin oder der Prüfungsbewerber an der Prüfung nicht teil, ohne dass ein wichtiger Grund vorliegt, so gilt die Prüfung als nicht bestanden.

(4) Über das Vorliegen eines wichtigen Grundes befindet das Landesamt für Soziales, Jugend und Familie, Hält es den wichtigen Grund nicht für gegeben, so entscheidet der Prüfungsausschuss.

IV. Abschnitt Bewertung, Feststellung und Beurkundung des Prüfungsergebnisses

§ 20 Bewertung der Prüfungsleistungen
(1) Die Prüfungsleistungen sind wie folgt zu bewerten:

    - Sehr gut = Note 1 = 100 bis 92 Punkte = eine Leistung, die den Anforderungen in besonderem Maße entspricht.
    - Gut = Note 2 = unter 92 bis 81 Punkte = eine Leistung, die den Anforderungen voll entspricht.
    - Befriedigend = Note 3 = unter 81 bis 67 Punkte = eine Leistung, die den Anforderungen im Allgemeinen entspricht.
    - Ausreichend = Note 4 = unter 67 bis 50 Punkte = eine Leistung, die zwar Mängel aufweist, aber in den Anforderungen noch entspricht.
    - Mangelhaft = Note 5 = unter 50 bis 30 Punkte = eine Leistung, die den Anforderungen nicht entspricht, jedoch erkennen lässt, dass gewisse Grundkenntnisse vorhanden sind.

Ungeprüft = Note 6 = unter 30 bis 0 Punkte = eine Leistung, die den Anforderungen nicht entspricht und bei der selbst Grundkenntnisse fehlen.


(3) Zur Ermittlung der durchschnittlichen Punktzahl für jede Prüfungsleistung ist die Summe der erzielten Punkte durch die Zahl der Prüfungsteilnehmer und Prüfer zu dividieren. Ergebnis sich dabei Bruchteile von Punkten, bleibt die zweite Stelle nach Kommas unberücksichtigt.

(4) Liegen die Bewertungen durch die einzelnen Prüfungsteilnehmer und Prüfer nach § 20 Abs. 2 mehr als zwei Noten auseinander, so ist ein Einigungsversuch zu unternehmen. Kommt eine Einigung nicht zustande, entscheidet das vorsitzende Mitglied des Prüfungsausschusses.

§ 21 Feststellung des Prüfungsergebnisses
(1) Der Prüfungsausschuss stellt gemeinsam die Ergebnisse der einzelnen Prüfungsleistungen fest.

(2) Die Prüfung ist bestanden, wenn folgende Prüfungsmittel mindestens „ausreichend“ (siehe § 29) bewertet wurden:

   1. die schriftliche Prüfungsaufgabe nach § 9 GFABPyV
   2. die Projektarbeit, bestehend aus einer schriftlichen Abschlussarbeit und
   3. einer Projektpräsentation verbunden mit einem Fachgespräch nach § 10 GFABPyV

(3) Die Entscheidung über das Bestehen der Prüfung ist der Prüfungsteilnehmerin oder dem Prüfungsteilnehmer unmittelbar nach Abschluss der Prüfung mitzuteilen.

(4) Über den Verlauf der Teilprüfungen einschließlich der Feststellung der einzelnen Prüfungsergebnisse ist jeweils eine Niederschrift zu fertigen, die von den Mitgliedern des Prüfungsausschusses unterzeichnet ist.

§ 22 Prüfungsausweis
Über die Prüfung erhält die Prüfungsteilnehmerin oder der Prüfungsteilnehmer vom Landesamt für Soziales, Jugend und Familie jeweils ein Zeugnis gemäß den Anlagen 1 und 2.

§ 23 Wiederholung von Prüfungsbestandteilen
(1) Wurde die schriftliche Prüfungsaufgabe, die schriftliche Abschlussarbeit oder die Projektpräsentation einschließlich Fachgespräch nicht bestanden, so kann dieser Prüfungsbestandteil innerhalb einer Frist von zwei Jahren, beginnend mit dem Tag der nicht bestandenen Prüfung, zweimal wiederholt werden.

(2) Die Prüfungsteilnehmerin oder der Prüfungsteilnehmer hat die Wiederholung des Prüfungsbestandteils beim Landesamt für Soziales, Jugend und Familie zu beantragen.

(3) Auf Antrag kann im Falle einer Wiederholung einer nicht bestandenen Prüfung auch ein bestanderner Prüfungsbestandteil wiederholt werden. In diesem Fall gilt nur das Ergebnis der letzten Prüfung.

V. Abschnitt Schlussbestimmungen

§ 24 Rechtsbehelf
Maßnahmen und Entscheidungen der Prüfungsausschüsse des Landesamtes für Soziales, Jugend und Familie sind bei ihrer schriftlichen Bekanntgabe an die Prüfungsbewerberinnen oder Prüfungsbewerber mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen.
**§ 25**
Prüfungsurkunden


**§ 26**
Übergangsvorschriften

Die Regelungen des § 16 GFABPrV gelten entsprechend.

**§ 27**
Inkrafttreten


---

**Anlage 1**
(zu § 22)

Muster
Niedersächsisches Landesamt für Soziales, Jugend und Familie

*Zeugnis über die Prüfung zur anerkannten Fortbildungsabschluss Geprüfte Fachkraft zur Arbeits- und Berufsförderung*

Frau/Herr

geboren am __________ in ________

hat am __________

die Prüfung zum anerkannten Fortbildungsabschluss

*Geprüfte Fachkraft zur Arbeits- und Berufsförderung*


Datum ____________ (Siegel)

Unterschriften ______________

---

**Anlage 2**
(zu § 22)

Muster
Niedersächsisches Landesamt für Soziales, Jugend und Familie

*Zeugnis über die Prüfung zur anerkannten Fortbildungsabschluss Geprüfte Fachkraft zur Arbeits- und Berufsförderung*

Frau/Herr

geboren am __________ in ________

hat am __________

die Prüfung zum anerkannten Fortbildungsabschluss

*Geprüfte Fachkraft zur Arbeits- und Berufsförderung*

gemäß der Verordnung über die Prüfung zum anerkannten Fortbildungsabschluss Geprüfte Fachkraft zur Arbeits- und Berufsförderung (Arbeits- und Berufsförderungstrainingprüfungsverordnung — GFABPrV) vom 13. 12. 2016 (BGBl. I S. 2909) mit folgenden Ergebnissen bestanden:

I. Note der schriftlichen Prüfungsaufgabe: ______

II. Note der schriftlichen Abschlussarbeit: ______

III. Note der Projektpräsentation verbunden mit einem Fachgespräch: ______

IV. Gesamtnote: ______

Mit dem Bestehen der Prüfung ist die Ausbildungseignung im Sinne des § 13 GFABPrV erworben worden.

Die Prüfung umfasste folgende Handlungsbereiche:

1. Eingliederung und Teilhabe am Arbeitsleben personenzentriert gestalten,
2. berufliche Bildungsprozesse personenzentriert planen, steuern und gestalten,
3. Arbeits- und Beschäftigungsprozesse personenziert planen und steuern sowie Arbeitsplätze personenziert gestalten sowie

(Im Fall des § 11 GFABPrV sind zusätzlich alle Befreiungen mit Ort, Datum und Bezeichnung des Prüfungseigners der anderweitig abgelegten Prüfung anzugeben.)

Datum ____________ (Siegel)

Unterschriften ______________